

## Europa und Amerika nach dem Kalten Krieg

# Gegenseitige Begutachtung auf dem Capitolshügel

'Transatlantische Beziehungen jenseits des Jahres 2000' - eine Tagung über die Zukunft einer alten Partnerschaft

Von Josef Joffe  
Washington, im März - Der Kalte Krieg ist vorbei, das Band zwischen Westeuropa und Amerika ist geblieben. Wie sieht es heute aus: gespannt oder gelockert, hält es oder scheuert es durch? Die mit BMW verknüpfte Herbert-Quandt-Stiftung wollte es genauer wissen und versammelte zu diesem Behufe zusammen mit der Johns Hopkins Universität rund 200 Diagnostiker: Politiker, Publizisten und Professoren aus Europa und Amerika auf dem Capitol - dort, wo normalerweise die Senatoren und Abgeordneten die Arbeit der Demokratie verrichten.

Nur die Clinton-Männer ließen sich auf dem Capitolshügel nicht blicken, weil das Weiße Haus - Stichwort: 'Whitewatergate' - derzeit ganz andere Sorgen hat. Durch das Weiße Haus weht der brenzlige Geruch des Skandals - der Vertuschung finanzieller Unterterscheiße, die das Ehepaar Clinton lange vor seinem Machtantritt im heimischen Arkansas begangen haben soll. Doch gerade diese Einwärtskrümmung hätte als das heimliche Motto der Tagung herhalten können: Sie beherrscht nicht nur Amerika, sondern auch alle westlichen Demokratien.

Immerhin war eine der vier Diskussionsrunden der Wirtschaft und eine andere dem 'Primat der Innenpolitik' gewidmet, und in den ging es um Themen, um die Atlantiker früher einen weiten Bogen gemacht haben: um Einwanderung, Fremdenhaß, Arbeitslo-

slosigkeit oder Gesundheitsversicherung. Viel leicht lag es an der Frische der Probleme, daß man hier nicht bloß vertraute Standpunkte austauschte, sondern einander aufmerksam zuhörte.

Die USA haben sich schon seit einem Jahrzehnt auf den brutalen Anpassungsprozeß eingestellt, den die Globalisierung der Märkte allen Industriegesellschaften aufzwingt. Dank der Flexibilität seines Arbeitsmarktes hat Amerika in den vergangenen 20 Jahren immerhin 34 Millionen neue Jobs gezeugt, die EG bloß (trotz ihrer viel größeren Bevölkerung) bloß zehn Millionen. In Frankreich liegt die Arbeitslosenrate bei zwölf, in der Bundesrepublik bei zehn Prozent - in den USA dagegen bei knapp über sechs Prozent. Die Kosten einer Arbeitsstunde in der deutschen Industrie liegen (umgerechnet) bei 25 Dollar (wobei für die Lohnnebenkosten satte 12 Dollar anfallen. In Amerika aber kostet die Stunde rund 16 Dollar, und der Sozialanteil daran erreicht gerade mal fünf Dollar.

Statistisch gesehen ergeben derlei Zahlen eine ziemlich solide Korrelation zwischen hohen Löhnen und hoher Arbeitslosigkeit, und von dieser Verkopplung auf Verursachung zu schließen, fällt nicht schwer. Inzwischen haben auch viele Europäer den verhängnisvollen Zusammenhang erkannt: 'Flexibilisierung' ist auch zwischen Madrid und München das Zauberwort. Nur ist den Ame-

rikanern auch die Schattenseite ihrer 'Job-Maschine' bewußt geworden: Zwar sind in den USA viel mehr Menschen beschäftigt, aber ein Schlechtverdiener in Deutschland hat ein doppelt so hohes Einkommen wie sein amerikanischer Kollege. Mit anderen Worten: die Armen stehen zumal in Deutschland viel besser da als die entsprechende Gruppe in den USA. Daher das Dilemma: Können die Amerikaner das Los ihrer Schlechtergestellten verbessern, ohne die Arbeitslosigkeit hochzutreiben; können die Europäer mehr Jobs schaffen, ohne die Armut zu vergrößern?

Dieses Dilemma konnte die Tagung nicht knacken, weil die Lösung in Wahrheit keine ökonomische, sondern eine Wert-, also eine politische Entscheidung heischt. Nur werden zumal die Europäer diesen Fragen nicht mehr lange ausweichen können, bedeutet doch ein hoher Absicherungssockel zweierlei: höhere, ja permanente Arbeitslosigkeit und damit wachsende Staatsausgaben für die Alimentierung jener, die, weil zu teuer, auf dem Arbeitsmarkt keine Chance mehr haben.

Nachahmenswertes sahen die Amerikaner hauptsächlich im vielgeschollenen deutschen Gesundheitssystem - kein Wunder auch. In den USA werden 14 Prozent des Sozialprodukts für die Gesundheit ausgegeben (Tendenz steigend), in Deutschland sind es nur acht Prozent (Tendenz fallend). Der Princeton-Professor Uwe Reinhardt hatte dafür eine

einfache Erklärung: In Amerika gibt es keine mächtige Instanz, die den Krankenhäusern, Pharma-Firmen und Ärzte-Verbänden Paroli bieten könnten; ergo seien diese verhältnismäßig frei in ihrer Preisgestaltung. Umgekehrt sorgen in der Bundesrepublik Staat und gesetzliche Krankenkassen für Waffengleichheit; ergo laufen die Aufwendungen nicht davon - oder fallen sogar, wie seit der Seehofer-Reform.

Und die Außenpolitik? James Schlesinger, früherer Energie- und Verteidigungsminister, warnte die Europäer nicht zuviel von Washington zu erwarten: Amerika ist 'bestens dazu geeignet, mit einer einzigen, überragenden Bedrohung fertigzuwerden, nicht aber mit vielen kleinen Herausforderungen wie Bosnien, Somalia oder Haiti'. Überdies glaube die amerikanische Gesellschaft nicht an Realpolitik: 'Gefühle wiegen häufig schwerer als Interessen'.

Diese Gefühle würden auch die Abkehr von Europa zugunsten von Asien verhindern; zwei Drittel der befragten Bevölkerung befürworteten auch nach dem Kalten Krieg ein 'fundamentales Engagement' in Europa. Und dort hielte Deutschland eine Schlüsselfunktion - im Gegensatz zu den kapriziösen Franzosen. Was müßten die Deutschen tun? 'Wenn sie eine Führungsposition übernehmen wollen, müßen sie eine größere Verantwortung übernehmen als sie ihnen während des Kalten Krieges zugewiesen worden war'.